

sung dieser Frage nicht interessiert sind. Wie kann man aber von einer Normalisierung des Lebens in Berlin sprechen, solange beim Westberliner Senat und den führenden politischen Kräften in Westberlin nicht der Wille besteht, die Frontstadtpolitik und die Methoden des kalten Krieges zu beenden! Audi viele Bürger Westberlins sind der Meinung, daß die lauten Verkündungen des Bürgermeisters von Westberlin, Brandt, über die Notwendigkeit der Unterminierung der Deutschen Demokratischen Republik von Westberlin aus wohl kaum den Interessen der Berliner Bevölkerung entsprechen. Es ist verständlich, daß die Existenz von 62 Dienststellen der imperialistischen Geheimdienste in Westberlin, die mit Unterstützung Westberliner und westdeutscher Behörden ihre Wühlarbeit gegen die DDR leisten, eine schwere Belastung für die Herstellung normaler Beziehungen ist.

Hinzu kommt die Verletzung der Menschenrechte in Westberlin durch die ungerechtfertigten Strafverfolgungen Westberliner Bürger auf Grund ihres Eintretens für den Frieden; der willkürliche Rentenentzug für Widerstandskämpfer gegen den Faschismus, der Ausschluß vom Lohnumtausch für den größten Teil der im Demokratischen Sektor von Berlin Beschäftigten, auf Grund dessen Zehntausende Westberliner Bürger gezwungen waren, ihren Arbeitsplatz im Demokratischen Sektor aufzugeben. Dazu kommt der Entzug von Renten für alte Menschen, weil sie ihre antifaschistische Gesinnung bewahrt haben.

Nach Aufhebung dieser diskriminierenden Maßnahmen könnten Tausende Westberliner Arbeitslose wieder einen sicheren Arbeitsplatz bei uns finden. Es ist also notwendig, daß die Westberliner Behörden alle Maßnahmen aufheben, die eine grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik darstellen.

Die Vorschläge, die beispielsweise der Westberliner Senat gemacht hat, tragen einen provokatorischen und demagogischen Charakter und sind nur darauf berechnet, die Berliner zu täuschen, aber die gespannte Lage in der Stadt weiter bestehen zu lassen. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hält es für ihre Pflicht, das deutsche Volk und besonders die Berliner Bevölkerung über die wirkliche Lage zu informieren.

Es gibt nur einen realen Weg zur Normalisierung der Lage in